



DER INTENDANT

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Ständige Publikumskonferenz der  
öffentlich-rechtlichen Medien e.V.  
Frau Maren Müller  
Hofer Straße 20a  
04317 Leipzig

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 19. Dezember 2014

**Ihr Schreiben vom 9. Oktober 2014 zu den Sendungen *Tagesschau*-, „Russischer Hilfskonvoi“ vom 22. August und *Tagesthemen*-, „Russischer Hilfskonvoi“ vom 23. August 2014**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 9. Oktober 2014 zu den Sendungen *Tagesschau* vom 22. August 2014 und *Tagesthemen* vom 23. August 2014, der mich am 16. Oktober 2014 vom Norddeutschen Rundfunk über den WDR-Rundfunkrat erreicht hat. Da die Leitung des ARD-Studios Moskau beim WDR liegt, möchte ich Ihnen antworten.

Sie kritisieren, in beiden benannten Sendungen sei „wider besseres Wissen die Falschmeldung verbreitet [worden], dass die russischen Lkw der ersten Hilfslieferung nahezu unkontrolliert in die Ukraine eingefahren seien“. Ihrer Meinung nach sprechen dagegen mehrere Zeitungsartikel, aus denen sich erschließe, dass es Fakt sei, „der russische Hilfskonvoi wurde überprüft – 1. von der Ukraine ..., 2. vom Roten Kreuz ... 3. von westlichen und russischen Journalisten.“

Ihr Schreiben vom 20. Oktober 2014 werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie eine Verletzung von Programmgrundsätzen rügen. Inhaltlich ist Ihr Vorwurf § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz zuzuordnen. Danach sind Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft oder Wahrheit zu prüfen.

Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfe.

Die OSZE spricht in ihren Berichten vom 22. August 2014 ([www.osce.org/om/122927](http://www.osce.org/om/122927) und [www.osce.org/om/122935](http://www.osce.org/om/122935)) von 34 - 37 Fahrzeugen des Hilfskonvois, die kontrolliert worden seien:

*„Donetsk Checkpoint, Russian Federation, 22 August 2014 – On 22 August (until 15:55) a total number of 227 vehicles passed the Donetsk Border Crossing Point (BCP) control area towards the border between the Russian Federation and Ukraine. Out of the total number of vehicles, 37 had been inspected.“*

Angaben ähnlicher Größe finden sich an diesem Tag auch bei den großen Auslandsagenturen Reuters, AP und AFP wie auch in der Schweizer Tageszeitung NZZ:

Reuters 22. August, 19:25 Uhr: *„Die Ukraine gab an, lediglich 34 oder 35 [Lastwagen des Hilfskonvois] hätten vor der Weiterfahrt geprüft werden können.“*

AP 22. August, 20:45 Uhr: *„Die Ukraine hatte lediglich 35 Fahrzeugen nach Kontrollen am Donnerstag die Einreise erlaubt.“*

AFP 22. August, 22:08 Uhr: *„Nach Angaben der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) passierten Dutzende Lkw ohne vorherige Kontrolle der Ladung die Grenze.“*

NZZ 26. August, Seite 3: *„Höchstens 40 Fahrzeuge waren zuvor von ukrainischen Grenzwächtern kontrolliert worden.“*

In Anbetracht der Gesamtgröße des Konvois ist die Bewertung in beiden fraglichen Sendungen also schlüssig. So hatte sich unser Korrespondent Udo Lielischkies am 22. August 2014 in der Tagesschau um 20.00 Uhr live aus Kiew geäußert:

*„[...] sind inzwischen – so die allerletzten Meldungen – alle 300, knapp 300 russischen Lastwagen in der Stadt Lugansk angekommen. Sie werden dort entladen, Säcke werden in Lager gebracht, so heißt es. 250 dieser Laster sind von niemandem von ukrainischer Seite inspiziert worden - damit sind aber wieder alle Möglichkeiten offen.“*

Und ebenso zutreffend die Moderatorin Pinar Atalay in den Tagesthemen vom 23. August 2014:

*„Gestern dann fahren die Laster einfach los, Richtung Lugansk - ohne ukrainische Erlaubnis. Und vor allem: Fast alle unkontrolliert.“*

Ebenso wenig überzeugen Ihre Verweise auf die entsprechenden Zeitungsartikel.

1. Kontrolle durch die Ukraine

Entgegen Ihrer Behauptung ergibt sich aus dem FAZ-Artikel vom 17. August 2014<sup>1</sup> nicht, dass die Ukraine den Hilfskonvoi selbst überprüft hat. Die Sozialministerin der Ukraine hat lediglich ein Dekret unterzeichnet, dass die geplante Güterlieferung unter Federführung des IKRK als humanitäre Hilfe anerkennt. Im Originaldokument, auf das sich dpa bzw. die FAZ stützen, heißt es, dass das Ministerium eine Liste des IKRK zum Inhalt der Lieferung erhalten habe, diese also nicht selbst kontrolliert hat<sup>2</sup>.

2. Kontrolle durch das IKRK

In dem von Ihnen zitierten Welt-Artikel vom 17. August 2014<sup>3</sup> wird tatsächlich angeführt, dass die Lastwagen vom Roten Kreuz durchsucht worden seien. Dem entgegen steht jedoch unter anderem die Agenturmeldung der AFP vom 17. August 2014, 16.39 Uhr: „Der russische Hilfskonvoi für die Ostukraine wartet weiter vor der Grenze auf Abfertigung. Der IKRK-Beauftragte für Russland, Pascal Cuttat, habe am Sonntagmorgen zwar einen ‚allgemeinen‘ Blick auf die rund 300 Lastwagen geworfen, die offizielle Inspektion des Konvois durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz habe jedoch noch nicht begonnen, sagten IKRK-Sprecher.“

Entsprechend berichtet auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung:

FAZ 23. August 2014, Seite 1: „Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums hatten Zollbeamte mit der Kontrolle und Abfertigung des Konvois begonnen, der seit einer Woche an der Grenze wartet. Am Freitagmorgen seien die Mitarbeiter allerdings von ‚russischen Kräften‘ daran gehindert worden, die Überprüfung fortzusetzen. Russland habe sich damit über sämtliche Vereinbarungen hinweggesetzt. Weder die ukrai-

<sup>1</sup> [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-konflikt-kiew-erkennt-russischen-konvoi-als-hilfe-an-13102652.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-konflikt-kiew-erkennt-russischen-konvoi-als-hilfe-an-13102652.html)

<sup>2</sup> [www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art\\_id=247529608&cat\\_id=244314975](http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=247529608&cat_id=244314975)

<sup>3</sup> [www.welt.de/politik/ausland/article131321352/Was-in-der-Ostukraine-wirklich-geschah.html](http://www.welt.de/politik/ausland/article131321352/Was-in-der-Ostukraine-wirklich-geschah.html)

*nische Seite noch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes wüssten, was die fraglichen Lastwagen geladen haben, hieß es weiter in einer Erklärung des Außenministeriums in Kiew.“*

### 3. Kontrolle durch die Journalisten

Aus dem von Ihnen zitierten ZEIT-Artikel vom 15. August 2014, ergibt sich, dass ein paar Journalisten in einige Lkw schauen durften (vgl. z.B. auch Tweets der FT-Korrespondentin Courtney Weaver vom 14./15. August<sup>4</sup>). Von einer systematischen Überprüfung aller Lastwagen durch Journalisten kann aber sicherlich keine Rede sein, sondern es wurden den Journalisten nur einige Wagen präsentiert, wie auch der Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 16. August<sup>5</sup>, Seite 7, klar stellt:

*„Journalisten, die in einige der Lastwagen hatten hineinschauen dürfen, berichteten, in manchen befanden sich Nahrungsmittel und Wasser, andere seien praktisch leer.“*

Die Aussagen von Udo Lielischkies in der *Tagesschau* um 20.00 Uhr am 22. August 2014 und von Pinar Atalay am 23. August 2014 in den *Tagesthemen*, der Großteil der Lastwagen habe unkontrolliert die Grenze passiert, waren korrekt und gut dokumentiert.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass eine Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde daher nicht abhelfe.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

---

<sup>4</sup> [www.twitter.com/courtneymoscow](http://www.twitter.com/courtneymoscow)

<sup>5</sup> <http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/SZ/20140816/ukraine-meldet-angriff-auf-russisch/A57826069.html>



Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Abs. 2 WDR Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dieser Bescheid ist mithin auch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Auch bei der gemäß § 10 Abs. 4 WDR Gesetz vorgesehenen Veröffentlichung des Vierteljahresberichts des Intendanten, ist darauf zu achten, dass die schutzwürdigen Belange von Betroffenen gewahrt bleiben. Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch die Ständige Publikumskonferenz geprüft/geklärt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow